№ 191. Morgenblatt.
Freitag, 25. April.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.
Redaktion und Haupt-Expedition: W. Lützowstraße 105.
Annahmestellen für Abonnements u. Inserate: W. Kronenstraße 46. O. Gr. Frankfurter Str. 87. SO. Kottbuser Str. 1. S. Kommandantenstr. 55. N. Chausseestr. 67. C. Neue Schönhauserstr. 5.
Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag. Act.-Ges. Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Gutenberg's Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin.
1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich zwei Mal täglich angestellt 4,50 M.
nur Morgens „ 4,— „
Monatlich zwei Mal täglich „ 1,50 „
„ nur Morgens „ 1,35 „
Wöchentlich 35 Pfennig.
Beim Geldabholen aus der Expedition: Quartal 3,25 M., Monat 1,10 M., Woche 30 Pf.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.
Bei allen Deutschen Postanstalten: pro Quartal 4,50 M., monatlich 1,50 M.

Insertionsgebühr:
Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Sozialpolitische Schutzheilige.

In seinem letzten Rundschreiben, dem sogenannten „Testament", hat der Papst wieder einmal die alte Behauptung in neuer Form vorgebracht, daß die katholische Kirche die beste Hüterin der Arbeiterinteressen sei. Demgegenüber ist nothgedrungen und wahrheitsgemäß darauf hingewiesen worden, daß gerade in den überwiegend katholischen Ländern die Arbeiter am wenigsten sich irgend eines sozialen Schutzes erfreuen.

Man braucht nur auf die verzweifelte Lage des Proletariats in Italien, Spanien, Frankreich, Belgien und Oesterreich hinzuweisen, um die Grundlosigkeit der päpstlichen Verherrlichung katholischer Arbeiterfreundlichkeit aufzudecken.

Für Deutschland ist nach dieser Richtung hin äußerst bezeichnend die Stellung der offiziellen Vertreter des römischen Katholizismus zu den christlichen Gewerkschaften. Man erinnert sich noch des vielbesprochenen Rundschreibens der deutschen Bischöfe, das vor zwei Jahren von der Bonifaciusgruft in Fulda ausging. Die christlichen Gewerkschaften wurden darin wegen ihres paritätischen Charakters in Acht und Bann gethan, und die katholischen Arbeitervereine, die eine ernsthafte Interessenvertretung der Arbeiter nicht im mindesten darstellen, wurden um so lebhafter angepriesen. Als sich damals bei der noch jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Sturm der Entrüstung erhob und mit Abfall der Arbeitermassen von der katholischen Kirche versteckt gedroht wurde, lenkten die Vertreter der Kirche ein. Sie behaupteten, nicht die christliche Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart sei geächtet worden, sondern deren Auswüchse, die etwa in Zukunft noch in die Erscheinung treten würden! Fast schien es so, als ob die so oft gepriesene Arbeiterfreundlichkeit der katholischen Bischöfe über die kirchenpolitischen Bedenken gesiegt habe.

Zuzwischen hat die christliche Gewerkschaftsbewegung mancherlei von ihrer ersten Kraft und Einheitlichkeit verloren. Insbesondere hat sie sich bedingungslos von den agrarischen Ueberzöllnern ins Schlepptau nehmen und sich dazu brauchen lassen, mit süßsauer Miene die agrarischen Zollforderungen den organisirten Arbeitern plausibel machen zu wollen. Das hat offenbar den Muth jener „arbeiterfreundlichen" katholischen Elemente neu belebt, denen die seitherige paritätische Entwicklung der christlichen Gewerkschaften schon lange ein Dorn im Auge ist, und die seinerzeit auch das Fuldaer Pastorale der deutschen Bischöfe inspirirt haben sollen.

Die Seele dieser ganzen Richtung ist der katholische Sozialpolitiker Baron v. Savigny in Berlin, der mit seinen Millionen den lammfrommen katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen schon manches ansehnliche Geschenk gemacht und u. a. das Leo-Hospiz in der Rüdersdorferstraße, den Zentralpunkt der katholischen Laienorganisationen Berlins, gebaut hat. Natürlich hat ihm seine Gebefreudigkeit in katholischen Kreisen einen erheblichen Einfluß auf vielerlei Angelegenheiten verschafft. Insbesondere steht der Pfarrer Fonnelle, der Präses des norddeutschen Verbandes katholischer Arbeiter- und Gesellenvereine, weiter der Redakteur des Organs jenes Verbandes Dr. Fleischer, sowie der Vorsitzende der Berliner Arbeiterschutzverbände, ein gewisser Herr Kloos zu Charlottenburg, ganz unter seinem Einfluß.

Diese drei Herren haben sich in den letzten Monaten auf eine Agitationsreise durch die überwiegend katholischen Gebiete Deutschlands begeben und sollen bei verschiedenen einflußreichen geistlichen Herren überraschenden Erfolg gehabt haben. Insbesondere sollen zwei Bischöfe „Befehl" gegeben haben, mit der Gründung katholischer Gewerkschaften vorzugehen.

Damit werden nicht nur die Arbeiterberufsvereine abermals in ihren ohnedies schwachen Organisationskräften zersplittert und geschwächt, sondern es wird auch eine sozialpolitische Richtung künstlich gezüchtet, die das genaue Gegentheil von Arbeitervertretung bedeutet.

Wie Herr v. Savigny und seine Getreuen das Wort „katholische Gewerkschaften" verstehen, geht am besten aus dem Statutentwurf hervor, den sie zu Pfingsten dem Verbande katholischer Arbeitervereine Norddeutschlands zur Annahme empfehlen wollen. Darin werden an die Stelle von selbstständigen, neutralen, paritätischen Gewerkschaften berufliche „Fachabtheilungen" gesetzt, die innerhalb der katholischen Arbeitervereine bestehen und durchaus im Einverständniß mit dem „Vereinspräses" (der natürlich immer ein Geistlicher sein muß) vorgehen sollen. Diese „Fachabtheilungen" sollen unter anderem „einen vermittelnden Einfluß bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder aus üben." Herr von Savigny hat diesen Passus des Statuts in seiner Agitationsversammlung zu Hörter in die präzisteren Worte gefaßt: „Den Arbeitern muß die Waffe des Streiks aus der Hand genommen werden." Im übrigen kennzeichnet der § 8 des neu entworfenen Statuts am besten diese einseitig konfessionellen Bestrebungen. Er lautet:

§ 8. Die Beschlüsse und Maßnahmen der Fachabtheilung sind zur Kenntniß des jeweiligen geistlichen Beiraths (Vereins-, Bezirks-, Verbandspräses) zu bringen.

Noch bezeichnender ist der § 10:

§ 10. Es empfiehlt sich, daß jede Verbandsgruppe nach altem, deutschen Brauch einen Schutzheiligen als Patron erwählt und stets in Ehren hält.

Nun denke man sich, bitte, diese katholische „Fachabtheilung" nach den Plänen des Herrn von Savigny ins Leben gerufen. Daß sie kommen wird, unterliegt nach allen Berichten kaum noch einem Zweifel! Dann mag auf irgend einem Bau oder in irgend einer Fabrik ein Streik oder eine Aussperrung kommen. Sofort wird zunächst der Schutzheilige um seine Meinung darüber befragt werden müssen, ob die Arbeiter mitthun sollen oder nicht. Hat dieser unzweifelhaft sein Urtheil abgegeben, so wird dies zunächst dem Herrn geistlichen Beirath zur Bestätigung vorgelegt; (vielleicht ist der Instanzenweg auch umgekehrt; wir wissen nicht so genau Bescheid in diesen Dingen). Wenn dann die höheren Instanzen, der Bezirks- und nachher der Verbandspräses die Sache gleichfalls gutgeheißen haben, kann sie endlich perfekt werden.

Es lebe das freie Koalitions- und Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter im zwanzigsten Jahrhundert!

Der Reichstag

überwies gestern den Gesetzentwurf über den Kinderschutz in gewerblichen Betrieben einer Kommission von 21 Mitgliedern. In der Diskussion schilderte der Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen (fr. Vpt.) die traurigen Zustände im Meiningischen und trat dann mit großer Wärme für die Einbeziehung der Landkinder in den Entwurf ein. Dieselben Gegenstände behandelte auch der Sozialdemokrat Reißhaus. Für die unangetastete agrarische Kinderfrohn begeisterten sich um die Wette der katholische Priester Röllinger (Elsäßer) und der protestantische Geistliche Stöcker (wildkons.). Auf diese Weise wurde die Partiät gewahrt. Herr Stöcker hatte den Einfall, zu behaupten, die ländliche Kinderarbeit sei nothwendig im Interesse der „göttlichen und irdischen Ordnung". Die Agrarier schwelgten ob dieser wunderbaren Entdeckung in Wonne. Zwischen dem Abgeordneten Gamp (Rp.), nach dessen Behauptungen die Kinder (auch die der „gnädigen Herren"?) das Rübenziehen als das schönste Vergnügen betrachten, dessen sie theilhaftig werden können, und den Sozialdemokraten entspann sich wieder ein ergötzliches Wortgefecht wegen des Gutes, das Herr Gamp angeblich den Sozialdemokraten zur Bewirthschaftung überlassen will, aber immer noch nicht überlassen hat. Nachdem der Abgeordnete Reißhaus Herrn Stöcker gebührend abgefertigt hatte, vertagte sich das Haus, um heute die dritte Lesung der Seemannsordnung vorzunehmen.

Das Abgeordnetenhaus

erledigte gestern in dritter Lesung den Bergetat. Hierbei wurden von Seiten der freisinnigen Volkspartei die Mißstände im Dortmunder Revier, namentlich die Einstellungen ausländischer Arbeiter und die Lohnreduktionen gerügt. Der Abgeordnete Graf Kanitz (kons.) schwärmte für Kupferzölle. Beim Etat des Ministeriums des Innern wurden von freisinniger Seite die behördlichen Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abermals zur Sprache gebracht. Abgeordneter Dr. Arendt (ntl.) erörterte die Ablehnung des Naturalisirungsgesuchs des alldeutschen, aus Oesterreich stammenden Professors Samassa. Der Minister v. Hammerstein entgegnete ausweichend, daß die Akten über diese Angelegenheit noch nicht eingegangen seien. Um 4 Uhr vertagte sich das Haus auf Abends 7½ Uhr.

In dem Artikel „Eine klerikale Staatsstütze" an der Spitze des letzten Abendblattes muß es heißen: bei einem Rechtskundigen, nicht, wie es infolge eines Satzfehlers hieß: bei einem Rechtskandidaten.

Zu dem Städteprotest gegen den Zolltarif sind die Mitglieder städtischer Körperschaften auf den 12. Mai, Morgens 11 Uhr, in das Hotel Kaiserhof eingeladen worden. Als Berichterstatter werden Stadtrath Fischbeck-Berlin und ein auswärtiger Theilnehmer der Versammlung fungiren und zugleich eine entsprechende Resolution in Vorschlag bringen.

Die Feiertage in der neuen Garnisondienstvorschrift. In der bisherigen Garnisondienstvorschrift vom 13. September 1888 waren als hohe kirchliche Festtage für die Protestanten Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Neujahr, Charfreitag, Himmelfahrt und Buß- und Bettag, für die Katholiken Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Neujahr, Himmelfahrt und Frohnleichnam bezeichnet. In der unterm 15. März 1902 neu erlassenen Garnisondienstvorschrift sind zu den bisher als hohe Festtage bezeichneten für die Protestanten das Erntefest, Reformationsfest und der Todtensonntag, für die Katholiken Mariä Himmelfahrt, Buß- und Bettag und Charfreitag hinzugefügt worden. An diesen Festtagen sowie am Geburtstage des Kaisers tritt Befreiung von jedem Dienst ein, der nicht unerläßlich ist. Bezüglich der Juden wird bestimmt: „Die Soldaten jüdischen Glaubens sollen an den jüdischen Feiertagen möglichst vom Dienst befreit bleiben." Im wesentlichen ist es also bezüglich der kirchlichen Feiertage in der neuen Garnisondienstvorschrift beim alten geblieben. Solcher Festtage, „an denen Befreiung von jedem Dienst, der nicht unerläßlich ist", eintritt, haben die Protestanten gegenwärtig zehn, die Katholiken neun. Auffälliger Weise wird unter den katholischen Feiertagen auch der Buß- und Bettag aufgeführt, ein Fest, das die katholische Kirche nicht kennt, und das sie auf eine bloße militärische Anordnung hin sicherlich nicht einführen wird.

Nachdruck verboten.

Jugendfreunde.

Roman von Clarissa Lohde.

3)

„Und Du? glücklich zurückgekehrt?" fragte Ehrenberg den Freund etwas von sich schiebend, und ihm in das lachende, merklich frischer aussehende Antlitz schauend.

„Kannst Du fragen? — Von der Hochzeitsreise? Ich verdiente wirklich die mir seit lange bekannte Strafrede vom gestrengen Herrn Professor, wenn ich sie nicht mit Ja! beantwortete. Bist Du nun zufrieden?"

„Ganz zufrieden also! Und Deine Frau?"

Helldorf hatte sich in einen Stuhl geworfen und die Füße über einandergelegt.

„Hör' einmal, Wolf — nach meiner Frau bitte ich von jetzt ab nicht zu viel zu fragen. Ich kündige Dir sogleich an, daß ich, seit ich Gerda mein nenne, das Blut eines Othello in mir verspüre. — Die Freundschaft zwischen Euch finde ich bei genauem Nachdenken doch gar zu innig. Deine erste Frage gilt meiner Frau, und Gerdas erster Befehl, als wir gestern in unser neues Heim einzogen, war: Morgen bitten wir unsern Freund Ehrenberg her. Die Mutter und er, sie beide sollen mit uns unser neues, schönes Tafelsilber einweihen. — Ist das nicht köstlich? — Sieh, und deshalb bin ich hier."

„Um mich heute einzuladen? Wie liebenswürdig von Deiner Frau. Aber leider bin ich bereits verfagt."

„Na, das dachte ich mir wohl. Der vielbegehrte Professor Ehrenberg, der Liebling aller studirenden Damen."

Ehrenberg runzelte unmuthig die Stirn:

„Bitte, laß den Sport, Heinz. — Du weißt, den vertrag' ich nicht gut. Und ich möchte diese erste Stunde des Beisammenseins nach langer Trennungzeit einem alten Jugendfreunde zu besserem benutzen, als zu den von Dir beliebten Wortplänkeleien. — — Ich habe Dir etwas mitzutheilen."

„Ah, gratulire im Voraus. Bist Du etwa Geheimrath geworden? — Aber nein, das hätte mir Karl doch wohl gleich verrathen, denn der ist auf die Ehren, die auf Dein Haupt herabfallen, vielleicht noch stolzer, als Du selbst."

„Wieder Spott! — Laß das, bitte. Ich sehe, nach dieser Richtung hin, hat Dir Gerda noch nichts abgewöhnt."

„Und wird mir auch nichts abgewöhnen, Freund! — Himmeldonnerwetter, das wäre! — Beherrschen lassen von einem Weibe? Nie, und wenn es das schönste wäre!" Dabei richtete er sich im Stuhle auf, und sein dunkles Auge blitzte: „Nie, — hörst Du, Wolf? — Was Du auch von mir denken magst, wie klein und niedrig — das brauchst Du Dir nicht einzubilden, daß ich an männlicher Kraft Einbuße erlitten. Mein Wille ist der herrschende im Hause, und wird es immer bleiben. Das habe ich auch Gerda schon klar gemacht, die mit ihrem sanften Patschhändchen mich gar zu gern am Gängelbande leiten möchte. Die Hoffnung ist vergeblich, mein Junge, — wenn Du darauf gebaut hast."

„Auf den sänftigenden Einfluß der Liebe, des häuslichen Glückes für Dein unruhiges Temperament habe ich allerdings gebaut, und Deine Gerda wohl auch."

„So habt ihr, meine Gerda und Du, euch geirrt. Mein unruhiges Temperament, mein lieber Wolf, ist eben meine Individualität, eine Künstlerindividualität, die Du freilich nicht verstehst, nicht verstehen kannst, trotz all' Deiner gelehrten, spitzfindigen Philosophie."

„Doch nun zur Sache," fügte Heinz, die Augen halb schließend, wie müde hinzu: „Was hast Du mir zu sagen? Da ich Dich nicht mitbringen kann, wie meine Frau es wünscht, darf ich nicht zu lange fortbleiben. Du weißt, Frauen sehen ihre Wünsche nicht gern durchkreuzt. Sie hoffte wahrscheinlich, Dir mit unserm häuslichen Glück zu imponiren. Nun ist das nichts. — Also schieße los."

Die Art des Freundes, die so garnicht in seine ernste Stimmung paßte, berührte Ehrenberg unangenehm, er fühlte sich stets in innerem Gegensatze zu ihm.

„Ich habe mich verlobt", sagte er deshalb kurz mit abgewandtem Gesicht.

Helldorf schnellte wie elektrisirt von seinem Sitze empor.

„Verlobt? — Und das kündigst Du so gelassen an. Verlobt?"

Und plötzlich brach er in ein schallendes Gelächter aus. In Wolf Ehrenberg's Antlitz schoß eine dunkle Röthe, sein Stirn faltete sich.

„Du empfindest wohl gar nicht, wie verletzend Dein Lachen ist bei einer Angelegenheit, die über mein ganzes ferneres Lebensglück entscheidet —"

„Bitte um Verzeihung," rief Helldorf sich noch immer lautlos schüttelnd. — „Aber siehst Du, mir steht alles sogleich plastisch vor Augen. — Und da sehe ich die ganze Schaar Deiner Verehrerinnen in bleichem Erstaunen die Nachricht von der Wundermähr empfangen: ihr heiß verehrter, bisher zu dem weiblichen Geschlecht nur hoheitsvoll vom Katheder sich herabneigender, schöner Wolfgang Ehrenberg sei der allgemeinen Menschlichkeit verfallen, habe sich ganz gewöhnlich verlobt, und werde heirathen. Ich fürchte wirklich, das giebt eine Revolution der weiblichen Studenten in den Hörsälen der Universität. Sie werden die Glücklichen steinigen, die ihnen den Vorrang abgelaufen. — Und wer ist denn Deine Auserwählte? — Etwa auch ein Blaustrumpf?"

Ehrenberg stand mit untergeschlagenen Armen an das Fensterbrett gelehnt. Auf seiner Stirn war eine bedenkliche Falte sichtbar, die einen herannahenden Sturm kündete. Denn er hatte trotz seiner philosophischen Ruhe, doch Momente, in denen sein Temperament mit ihm durchging, und zwar meistens dann, wenn man in frivoler Weise das ihm Heiligste verletzend antastete. Dann flammte in ihm, wie bei den Rittern des Mittelalters der heilige Zorn auf, und er war bereit, Blut und Leben für seine Ueberzeugung einzusetzen.

„Ich bitte Dich noch einmal, laß diesen Ton, Heinz. — Du weißt, ich dulde ihn nicht, wenn er sich an Dinge wagt, die mir theuer sind."

„Gut, gut," lenkte Heinz jetzt ein, „verstehe doch Spaß! Ich freue mich ja aufrichtig über Dein Glück, und Gerda wird sich noch mehr freuen, denn sie sorgte sich schon immer darum, daß Du noch so allein warst. Doch Du nanntest mir noch immer den Namen nicht."

„Meine Braut ist Ellen Wulfert, die Nichte des Kommerzienraths Wulfert."

„Donnerwetter!" kam es überrascht über Helldorf's Lippen. „Ellen Wulfert? das schönste Mädchen in Berlin? Wer sollte die nicht kennen, der nur einigermaßen in der Gesellschaft verkehrt. Und dazu eine Millionenbraut! Gratulire aufrichtig!"

„Danke," sagte Ehrenberg kurz, der noch immer seine Verstimmung nicht überwunden hatte.

Helldorf betrachtete ihn kopfschüttelnd.

„Mensch! ein so phänomenales Glück! — und Du siehst aus, als wenn Dir alle Kornfelder verhagelt wären."

„Daran bist Du schuld, Heinz. — Kannst Du denn nie ernste Dinge ernst nehmen?"

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Theil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

Die parlamentarische Geschäftslage. Es gilt jetzt als sicher, daß der Landtag über Pfingsten hinaus tagen wird. Es besteht die Absicht im Abgeordnetenhause am 13. oder 14. Mai bis zum 27. Mai Pfingstferien eintreten zu lassen. Der Reichstag wird voraussichtlich am 15. Mai, vielleicht auch schon vor Himmelfahrt, bis zum Herbst (Oktober) vertagt werden.

Das Jubiläum des Großherzogs von Baden. Das „Armee-Verordnungsblatt" veröffentlicht folgende Kabinetsordre:

Ich will aus Anlaß des 50jährigen Regierungsjubiläums Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich von Baden dem Infanterieregiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badisches) Nr. 111 eine besondere Auszeichnung dadurch zu Theil werden lassen, daß dasselbe fortan auf den Epauletten und Achselstücken beziehungsweise Schulterklappen den Namenszug des tapferen Vorfahren Seiner Königlichen Hoheit nach den von mir genehmigten Proben trägt. Primkenau, den 24. April 1902.

Wilhelm.

In Karlsruhe ist zu der Feier eine große Anzahl von fürstlichen Personen eingetroffen. Am Schlusse der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer gedachte der Präsident Gönner des Regierungs-Jubiläums des Großherzogs, pries diesen als einen milden und weisen Herrscher des Landes und mächtigen Förderer der Einigkeit, Macht und Größe des deutschen Vaterlandes und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Großherzog.

Italiens Handelsverkehr. Nach amtlichen Quellen beträgt der Werth der Einfuhr nach Italien für das erste Quartal 1902 genau 452,76 Millionen Lire (Zunahme gegen das Vorjahr 44,5 Mill.) und derjenige der Ausfuhr 351,75 Millionen Lire (Zunahme 19,8 Millionen).

Der Verkauf von Dänisch-Westindien. Das Landsthing in Kopenhagen nahm gestern in zweiter Berathung mit 32 Stimmen bei 28 Stimmenthaltungen den Vorschlag der Majorität betreffend die Westindischen Inseln an. Die Angelegenheit geht jetzt zum Folkething zurück, wo sie am 29. April zur Verhandlung kommen wird.

Einen kolossalen Fang hat die spanische Polizei gehabt. Sie hat in Madrid auf der Plaza del Oriente eine verdächtige Persönlichkeit französischer Nationalität verhaftet, welche mit Beharrlichkeit in den königlichen Palast zu gelangen suchte. Auf Befragen gab der Verhaftete widersprechende Antworten und erklärte, er heiße Pierre Santy und sei seit drei Tagen in Madrid. Papiere, welche über seine Person Ausweis geben könnten, besaß er nicht. In seinen Stiefeln fand man ein Andachtsbuch und unverständliche Aufzeichnungen. Santy wird dem französischen Botschafter übergeben werden.

Der Mann scheint an religiösem Wahnsinn zu leiden, was weder in Frankreich noch in Spanien zu den Seltenheiten gehört.

Ueber die „Friedensstimmung" in Südafrika meldet uns ein Privattelegramm: Eine aus Kapstadt der „Rh.-Westf. Ztg." zugehende Meldung bestätigt, daß dort die allgemeine Forderung erhoben wird, mit England keinen Frieden zu schließen, ohne daß den Kapburen volle Amnestie gesichert wird. Man erwartet von De Wet und Steijn bestimmt, daß sie von diesen Forderungen nicht abgehen. Bezüglich der Transvaalburen fühlt man sich nicht ganz sicher. Mit großer Aufregung sieht man der weiteren Entwickelung der Dinge entgegen. Soviel steht fest, daß niemand daran glaubt, daß aus dem gegenwärtigen Kampfe ein dauernder Friede hervorgeht.

Wie aus Balmoral in Südafrika gemeldet wird, kehrten Reitz und Jakobs, welche Lukas Meyer nach dem Silberminen-Feld begleitet hatten, wo dieser am Sonnabend mit den dort stehenden Buren zusammentreffen wollte, nach Balmoral zurück und reisten sofort nach Pietersburg weiter, um mit dem Burenführer Beyers zusammenzutreffen.

Eine schwere Niederlage der venezolanische Regierung. Wie das „Bureau Reuter" aus Trinidad meldet, sind die venezolanischen Regierungstruppen bei Maturin völlig geschlagen worden. Unter den Gefallenen befanden sich Ramon Castillo, der Befehlshaber der Truppen Castros.

Washington, 24. April. Die Meldung, daß der Vertrag mit Columbien, durch welchen den Vereinigten Staaten Rechte hinsichtlich des Baues des Panamakanals übertragen werden, unterzeichnet worden sei, war, wie sich herausstellt, verfrüht.

„Mein Himmel! ein jeder ist, wie er nun einmal ist. Und vor Dir, alter Junge, brauche ich mich doch nicht zu genieren. — Oder fordert der berühmte Professor etwa auch von mir demüthige Unterordnung unter die Aussprüche seines weisheitsvollen Mundes?"

Ehrenberg zuckte die Achseln.

„Unverbesserlich," murmelte er.

Heingens feines Ohr hatte das Wort aufgefangen. „Unverbesserlich," wiederholte er, „und um meine Verschuldung gegen Dich noch größer zu machen, will ich Dir gestehen, daß ich Dir eigentlich Dein unverschämtes Glück ein wenig neide. Ich habe nämlich den Vorzug, Deine Braut zu kennen. Auf einem Künstlerfest letzten Winter bin ich ihr vorgestellt worden, und war geradezu weg von ihr."

„Du kennst also meine Braut, Heing? Warum sagtest Du das nicht gleich?"

„Warum? Das sind indiskrete Fragen, mein hoher Herr. Uebrigens brauchst Du nicht eifersüchtig zu sein; sie ließ mich damals gründlich abfallen. Aber Deine Erziehungskunst wirft Du an ihr erproben können. Ein ganz modernes Weib! Das gerade Gegentheil meiner sanften, hingebenden Gerda, von der Du mir doch wiederholt versichert hast, sie sei ein Muster edelster Weiblichkeit."

„Und ich habe meine Ansicht durchaus nicht geändert, Heinz. Uebrigens setzt es mich in Erstaunen, daß Du meiner Braut Charakter so genau kennen willst, trotzdem Du sie nur einmal gesehen hast."

Um Helldorfs Lippen schwebte ein eigenes Lächeln. „Einmal ist unter Umständen eben so gut als vielmal, und das vorjährige Künstlerfest zählte zu den reizendsten und ausgelassensten, die ich je mit gemacht. Tempi passati. —"

Er erhob sich mit einem leisen Seufzer.

„Ich darf doch meine beiden Damen grüßen, und sie hoffen lassen, daß Du das heute Versäumte bald nachholst? Du mußt Dir doch mein neues Atelier ansehen. Es ist ganz fein, und unsere Diele! — Gerdas geschickte Hand hat ihr etwas wirklich Intimes zu verleihen gewußt. Wir nehmen dort gewöhnlich den Thee unter Palmen. Ja, horche nur auf — der reine Märchenzauber — Du bist ein für allemal dazu eingeladen."

„Ich komme — komme sobald als möglich."

Mit einem Händedruck scheiden beide. Aber wie so oft, wenn er mit dem Freunde zusammen gewesen, bleibt ein Mißklang in Ehrenberg's Herzen zurück, der noch sehr lange nachklingt.

(Fortsetzung folgt.)

Maler Edmund Rabe, der verstorbene Senior unter den Berliner Mitgliedern der königlichen Akademie der Künste, wurde vorgestern Nachmittag auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof zur letzten Ruhe bestattet. Er war am 2. September 1815 geboren und war schon seit 59 Jahren Mitglied der Akademie. Zehn Jahre Adolf v. Menzel der Senior unter den in Berlin wohnenden Mitgliedern.

Als die merkwürdigsten Ausgrabungen, die mit Bezug auf den vorgeschichtlichen Menschen jemals gemacht worden sind, müssen ohne Zweifel diejenigen bezeichnet werden, die von Dr. Reisner im Auftrage der Universität von Kalifornien in der Umgebung des Platzes Girga in Oberägypten ausgeführt worden sind. An diesem Ort befindet sich ein altes Gräberfeld, dessen menschliche Reste aus verschiedenen Zeiten der letzten acht Jahrtausende stammen und jedenfalls bis in die ältesten Epochen des vorgeschichtlichen Alters zurückreichen. Das Sonderbare und Einzigartige an den hier gemachten Funden besteht in der außerordentlich vollständigen Erhaltung der menschlichen Körper, die wohl der Trockenheit der dortigen Atmosphäre und der Sorgfalt der Bestattung zuzuschreiben ist. Es ist geradezu unerhört, daß von menschlichen Körpern solchen Alters nicht nur die Haare, Nägel und Sehnen, sondern auch Muskeln und Nerven erhalten geblieben sind. In fast jedem einzigen Fall ist auch die Gehirnmasse noch vorhanden. Der Höhepunkt des Unerwarteten aber wurde bei zwei Körpern entdeckt, in deren Haupt sogar noch die Augen mit der Linse in gutem Zustand nachgewiesen wurden. Der näheren Untersuchung dieser sonderbaren Reste kann mit um so größerer Spannung entgegengesehen werden, als sie dem ausgezeichneten Anatomen der Aerztesschule in Kairo Professor Elliot Smith übergeben worden ist, der sich auf zwei Monate nach Girga begeben hat. Wenn sich jemals eine Gelegenheit geboten hat, die körperliche Entwickelung des Menschen im Verlauf der letzten Jahrtausende festzustellen, so ist es hier der Fall. Professor Smith hat seine Untersuchungen bereits begonnen, und an einem der uralten Menschenkörper noch Reste des Hautgewebes der Beine und des großen Eingeweidenerven ermittelt, die er zunächst genau studiren will. Außer diesen ältesten Gräbern ist noch eine ganze Reihe späterer Gräber aufgedeckt worden, die den ersten 15 ägyptischen Dynastien angehören, dann andere aus der 18. Dynastie und noch weitere aus der ptolemäischen Zeit. Wir entnehmen diese erstaunlichen Nachrichten dem neuesten Heft der „Nature".

Deutscher Reichstag.

173. Sitzung vom 24. April.

(Schluß.)

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.) fortfahrend: Auffallend war der demonstrative Beifall, den die Rechte gestern den Lobsprüchen des Grafen Posadowsky auf die Lehrer zollte. Ehe die Herren für bessere Bezahlung und anständigere Behandlung der Lehrer auf dem Lande sorgen, ist ihre Anerkennung der Lehrer nichts als Hohn. Auf jeden Fall müssen die Lehrer an der Kontrolle über Durchführung dieses Gesetzes betheiligt werden. Die Hauptsache ist, daß die Eltern allmählich einsehen lernen, daß auch für sie keine größere Gefahr besteht, als die mäßige Kinderarbeit. Man sagt: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! So rettet auch der Staat, der seine Jugend rettet, seine eigene Zukunft. Ich möchte mit den Worten eines Volksfreundes schließen: Kinderarbeit erzeugt Unwissenheit; Unwissenheit bedeutet Hilflosigkeit und Aermlichkeit. Wollen wir also der Hilflosigkeit und Aermlichkeit entgegentreten, dann müssen wir der Unwissenheit und auch der excessiven Kinderarbeit entgegentreten. (Bravo! links.)

Meiningischer Bundesbevollmächtigter Dr. Frhr. v. Heim: Es ist richtig, daß in der Sonneberger Spielwarenindustrie die Kinder übermäßig arbeiten müssen; dagegen ist festgestellt, daß diese Arbeit nur höchst selten länger als 3 Tage in der Woche dauert. Der Gesetzentwurf wird hier Wandel schaffen, da er die Kinderarbeit über 8 Uhr Abends hinaus verbietet. Die Meiningische Regierung hat den Plan, öffentliche Werkstätten zu schaffen, um die Arbeit aus dem Hause dorthin zu verlegen. Dieser Plan findet aber bei den Arbeitern selbst großen Widerstand. Ein Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und Tuberkulose ist nicht nachgewiesen worden.

Abg. Reißhaus (Soz.). Die Arbeiter in Meiningen haben sich nur gegen die Form gewandt, in der der erwähnte Plan durchgeführt werden soll. Aus den Arbeitern soll eine Genossenschaft gebildet werden, die die Amortisations- und Unterhaltskosten übernimmt. Das kann man aber nicht verlangen. Die Regierung selbst müßte die Verwaltung in die Hand nehmen. Dem Loblied, das Graf Posadowsky gestern der Kinderarbeit gesungen hat, möchte ich die geradezu grauenhaften Zustände entgegenhalten, die uns der Lehrer Agahd in seiner Schrift über die ländliche Kinderarbeit schildert. Die Kinder werden dort in geradezu unmenschlicher Weise ausgebeutet. Besonders schwierig ist das Kartoffelbuddeln (Abg. Pauli-Eberswalde ruft: Ist gar nicht so schlimm; habe ich selbst mitgemacht!) Auch ich habe das selbst mitgemacht und denke mit Schaudern an jene Arbeit zurück. Sogar Kinder unter 7 Jahren werden zu schwerer Arbeit herangezogen! Derselbe Lehrer, dem Sie (nach rechts) selbst gestern Loblieder gesungen haben, klagt in der „Deutschen Lehrerzeitung", daß die Rübenferien eine wahre Plage seien, daß die Kinder nachher stumpfsinnig und entkräftet in die Schule kämen. Da behauptet man, die Kinderarbeit fördere die Gesundheit, erziehe zur Sparsamkeit, bewahre vor Müßiggang! Wenn das wahr ist, kann ich Sie nur bitten, ein Gesetz zu schaffen, das den Kindern der Großgrundbesitzer dieselbe Fürsorge angedeihen läßt. Auch hier hat die Regierung vor den Agrariern kapitulirt und die Landkinder nicht in das Gesetz aufgenommen. Die Schulbildung auf dem Lande ist durchaus ungenügend, durch die Kinderarbeit wird sie noch viel ungenügender. Und weil der Gesetzentwurf gerade diese Kinder auf dem Lande schutzlos läßt, ist er ungenügend. Er geht auch nicht weit genug in der Hinaufsetzung der Altersgrenze. Vom 10. Lebensjahre an können nun Kinder gesetzlich ausgebeutet werden, das ist nichts weiter als eine Konzession an das Unternehmerthum. Das einzig Richtige ist, den Kindern bis zum 14. Jahre die Arbeit einfach zu untersagen. Wir werden in der Kommission den Entwurf zu verbessern suchen zum Wohle der deutschen Nation ist es nothwendig, daß aus dem vorliegenden halben Gesetz ein ganzes Gesetz werde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meiningischer Bundesbevollmächtigter Dr. Frhr. v. Heim: Herr Reißhaus stellte es so dar, als ob es der Meiningischen Regierung nicht ernst sei mit den Bestrebungen, Arbeiterkolonie zu schaffen, in denen die in der Spielwarenindustrie beschäftigten Arbeiter getrennt von ihren Wohnungen zu arbeiten haben. Die Regierung hat sich bereits 350 000 M. zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klassen bewilligen lassen.

Daß die Kinder tuberkulös sind, ist nicht richtig. (Abg. Bebel: sie werden es!) Ja, sie werden es später, wenn sie sich einer gesundheitsgefährlichen Beschäftigung hingeben. Zum Schluß bestreitet Redner, daß in Sonneberg menschenunwürdige Zustände herrschen. (Während der Rede ruft der Abg. Gamp wiederholt: Hier ist nicht ein Wort zu verstehen.)

Abg. Röllinger (Ell.): Mit besonderer Genugthuung wird der Entwurf in Elsaß-Lothringen begrüßt, und es ist erfreulich, daß die Vertreter der verschiedensten Parteien sich so günstig über die Vorlage ausgesprochen haben, die auch im Interesse der geistigen Bildung der Kinder nothwendig ist. Die ländliche Kinderarbeit ist anders zu beurtheilen als die gewerbliche. Es ist doch ein Unterschied, ob man in Gottes freier Natur oder in dumpfiger Werkstatt lebt. Der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern stimmen wir zu.

Abg. Gamp (Rpt.): Ich muß feststellen, daß ich niemals die Zwecke der Volksschule habe beeinträchtigen wollen. Ich habe befürwortet, daß die Ferien der Volksschule möglichst in die Zeit verlegt werden, wo die Kinder zu landwirthschaftlichen Arbeiten gebraucht werden. Von einer Schädigung der Gesundheit durch die ländliche Kinderarbeit kann keine Rede sein. Das sind eben Verhältnisse, die Sie (zu den Soz.) nicht verstehen. (Zuruf b. d. Soz.: Wir haben ja das Gut noch nicht!) Ja ich weiß nicht, ob das Gerücht auf Wahrheit beruht, daß die Sozialdemokraten von dem Beschluß, den sie als Diäten bekommen sollen, sich ein Gut kaufen wollen. Das würde ich für sehr nützlich halten. (Große Heiterkeit.) Mein Gut stelle ich Ihnen nach wie vor zur Verfügung. Nur muß es einer von Ihnen selbst bewirthschaften, sonst erreichen wir ja nicht den erwünschten Erfolg, daß Sie klüger werden! (Große Heiterkeit rechts. Rufe bei den Soz.: Nur her damit!) Ja, meine Herren, in der Tasche habe ich es natürlich nicht. (Große Heiterkeit.) Aber Sie sollen es bekommen, zu jeder Zeit, ein Mann, ein Wort! (Große Heiterkeit.) Um das Nähenziehen reißen sich die Kinder geradezu, und die Arbeit der Hütekinder ist mit der Fabrikarbeit gar nicht zu vergleichen. Daß die Mädchen sich preisgeben, daß die Aufseher der Kinder nicht sittlich zuverlässig sind, ist eine frivole Verleumdung. In der Stadt sind die sittlichen Verhältnisse windestens ebenso schlimm, als auf dem Lande. Auch in Bezug auf die Frauenarbeit herrschen in der Landwirthschaft fast ideale Zustände. Den Hohn des Grafen Posadowsky auf die Volksschullehrer kann ich schließlich nur bedauern. (Bravo! rechts.)

Abg. Nettlich (kons.): Es ist zuzugeben, daß die Beurlaubung der Schulkinder zum Hütedienst ein Uebelstand ist. Leider ist er aber nicht leicht zu beseitigen. Ich bestreite dem Reiche die Kompetenz, die Frage der ländlichen Kinderarbeit von sich aus zu regeln. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole): Wir begrüßen die Vorlage als einen erfreulichen Fortschritt. Bei uns wird das Züchtigungsrecht auf eine so unrechtmäßige Weise in der Schule ausgeübt, daß die Kinder auch auf diesem Gebiete Schutz verlangen. Mit einer Verweisung an eine Kommission sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Stöcker (wildkons.): Die Tuberkulose hängt mit der Kinderarbeit am wenigsten zusammen, sie wird durch schlechte Wohnung und ungünstiges Klima begünstigt. (Zuruf bei den Soz.: Schlechte Ernährung!) Gewiß, aber die beiden anderen Momente sind mehr ausschlaggebend. Ich verstehe nicht, warum man jetzt die Heimarbeit verbieten will, wo in den Schulen der Handfertigkeitsunterricht eingeführt wird. (Abgeordneter Bebel: Das ist ein großer Unterschied!) Allerdings rechtfertigt die Unsittlichkeit vieler Eltern, ihre Kinder zu erziehen, einen Eingriff in die Familie. Daß man aber von diesem Eingriff in das Familienleben kaum noch Weens macht, zeigt, daß die göttliche und irdische Ordnung nicht mehr so funktionirt, wie sie sollte. Für einen Nothstand in Bezug auf die ländliche Kinderarbeit ist ein Beweis noch nicht erbracht worden. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben jeden Sinn dafür verloren, wie eng die Kinderarbeit auf dem Lande mit dem Familienleben zusammenhängt, und mit welcher Freude die Kinder arbeiten; manchmal werden das geradezu Familienfeste. (Lachen b. d. Soz.). Wenn man die Lehrer an der Kontrolle theilnehmen lassen will, so sollte man dieser Betheiligung eine gesetzliche Grundlage geben. Ich möchte bitten, diese Materie ohne Vorurtheil und ohne Gehässigkeit anzufassen. (Beifall rechts.)

Abg. Müller-Rudolstadt (nl.) geht nochmals auf die Mißstände in der Hausindustrie im Meininger Oberland ein. Auf das Gesetz werden wir in der Kommission näher eingehen, unserer Industrie wird es jedenfalls nur Nutzen bringen.

Abg. Reißhaus (Soz.): Herr Stöcker warf uns Uebertreibungen vor. Die Behausinsse in Sonneberg sind so traurig, daß sie gar nicht übertrieben werden können. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Herr Stöcker meinte, der Wuchertarif habe mit dieser Sache nichts zu thun. Wenn den Eltern der Brotkorb höher gehängt wird, sind sie eben gezwungen, ihr Kinder noch mehr zur Mitarbeit heranzuziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Bücher lesenden Hütekinder und Mädchen des Herrn Gamp möchte ich einmal sehen; die würden nämlich bei erster Gelegenheit davon gejagt werden. (Unruhe rechts.) Lesen können ja die Kinder gar nicht. (Lachen rechts.) — Herr Gamp kam wieder auf das Gut zurück, das er uns versprochen hat. Wenn er doch nur endlich einmal Ernst machte, wir werden schon einen Mann stellen, der es bewirthschaften kann. (Heiterkeit.) — Daß die Kinder in Sonneberg tuberkulös sind, habe ich nicht behauptet, sondern nur gesagt, die Tuberkulose sei eine Folge der Kinderarbeit und der Unterernährung. Einige Besserung ist ja durch die Kritik meines Parteigenossen im Meiningischen Landtag eingetreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.d.) widerlegt die Angaben des Abg. Nettlich über die mecklenburgischen Schulverhältnisse und weist ihm völlige Unkenntniß der landwirthschaftlichen Verhältnisse in Mecklenburg nach.

Nach einer Replik des Abg. Stöcker schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Lesung der Seemannsordnung und des Schaumweinsteuer-Gesetzes.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

67. Sitzung vom 24. April.

(Schluß.)

Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. v. Sadzuy (Zentr.) wünscht, daß den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden durch Extrazüge möglichst billige Gelegenheit zum Besuch der Düsseldorfer Ausstellung gewährt werde.

Minister Möller sagt Berücksichtigung dieses Wunsches zu.

Abg. Goldschmidt (freis. Volksp.): Solange das Zwangsinnungsgesetz besteht, werden die Klagen darüber, daß zahlreiche Handwerker dem Beitritt zu den Innungen zu entgehen suchen, nicht aufhören. Der Zwang ist etwas lästiges, niemand mag gern gezwungener Weise einer Innung angehören. Viele Mitglieder freier Innungen sind aus diesen ausgetreten, sobald die Innungen in Zwangsinnungen umgewandelt wurden. Die Grenzlinie zwischen Fabrikbetrieb und Handwerk, die Abg. Metzner berührte, wird nie mit absoluter Bestimmtheit ein für allemal festgestellen sein. Dem Handwerk aber ist nicht mit jenen kleinen Formalitäten zu helfen, mit denen sich die Künstler helfen wollen.

Darauf wird die Debatte geschlossen und der Etat bewilligt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern tritt

Abg. v. Riepenhausen (kons.) für Besserstellung der Landgendarmen ein. Besonders müsse in schnellerem Tempo mit der Gewährung von Dienstwohnungen vorangegangen werden.

Abg. Dr. Hirsch (fr. Vpt.): Künftlich ist die schon in der zweiten Lesung des Justizetats wiederholt erwähnte Verfügung des Ministers des Innern bekannt geworden, wonach gegen Arbeiter, die andere durch Drohungen zum Beitritt zu ihren Organisationen zu veranlassen suchen, der Erpressungs-Paragraph des Strafgesetzbuches angewandt werden soll. Diese Verfügungen des Justizministers und des Ministers des Innern bedeuten den schwersten Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Es ist tief zu beklagen, daß hier die Erpressung, also ein sehr bedenkliches Delikt, in Zusammenhang mit dem Koalitionsrecht gebracht werden soll. Auf allen Gebieten des preußischen Staatsministeriums wird immer mehr Front gemacht gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Gegen Arbeitgeber aber wird nicht mit derartigen Verfügungen vorgegangen. Trotz der Sozialpolitik des Reiches nützt die Erbitterung und Unzufriedenheit unter den Arbeitern fortwährend. Durch alle möglichen Chikanen sucht man den Arbeiterkoalitionen das Leben schwer zu machen. Redner führt einen Fall an, in dem eine Versammlung eines Gewerkvereins in Beuthen, obgleich sie angemeldet war, verboten wurde, weil der Saal zu klein und keine Noththür vorhanden sei. Beim Bund der Landwirthe hat man von solchen Schwierigkeiten nicht gehört, da dürfen sogar Frauen an einem bevorzugten Platze den Versammlungen beiwohnen. Dagegen wird es den Frauen auf alle mögliche Weise beschwert, sich an den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter zu betheiligen. Die Arbeiter warten mit Ungeduld darauf, daß sie, entsprechend der Sozialpolitik des deutschen Reiches, endlich eine andere Behandlung erfahren. Ich ersuche den Minister auf das dringendste um Abstellung solch kleinlicher Maßnahmen. (Beifall links.)

Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein: Die Gendarmerie hat das Recht, alle Förderung von Seiten der Regierung und des Parlamentes zu fordern. Es ist aber in den letzten Jahren schon viel für sie geschehen. — Was die Klagen des Vorredners über einen Erlaß, den der Justizminister an die Staatsanwaltschaften gerichtet hat, anlangt, so bin ich dafür nicht zuständig. (Abg. Dr. **Hirsch** ruft: Ihr Erlaß, Herr Minister!) Mein Erlaß in dieser Beziehung ist weiter nichts als eine Mittheilung an die Polizeibehörden von dem, was das Justizministerium an die Staatsanwaltschaften verfügt hat. — Die Grenzen in der Beaufsichtigung von Versammlungen und Vereinen bin ich bestrebt, möglichst weit zu ziehen. Ich habe in diesem Sinne auch eine Verfügung erlassen. Die einzelnen von dem Vorredner angeführten Fälle sind mir total unbekannt. Ich muß bitten, mir doch von solchen Anfragen 14 Tage vorher Mittheilung zu machen.

Abg. Dr. **Arendt** (fk.) erkundigt sich nach den Gründen, aus denen dem Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, dem österreichischen Staatsangehörigen Dr. Samassa, die Naturalisation verweigert worden sei.

Minister **v. Hammerstein** erwidert, eine Beschwerde des Herrn liege dem Ministerium nicht vor. Die Akten über diese Angelegenheit seien noch nicht eingegangen.

Darauf vertagt das Haus auf Vorschlag des Präsidenten **v. Kröcher** die Weiterberathung auf Abends 7½ Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Abendsitzung vom 24. April.

Am Ministertisch: Frhr. v. Hammerstein.

Die dritte Etatsberathung wird beim Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. **Szmula** (Ztr.) wünscht Verlängerung der Frist, innerhalb der polnische Arbeiter in Preußen beschäftigt werden dürfen.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, ausländische Arbeiter dürfen in der Zeit vom 1. Februar bis 20. Dezember beschäftigt werden. Eine Verlängerung dieser Frist würde den Zweck der Verordnung die Seßhaftmachung dieser Arbeiter zu verhindern, vereiteln.

Abg. **Szmula** beschwert sich darüber, daß ihm nicht erlaubt sei, ausländische Arbeiter nach dem 20. Dezember zu behalten.

Frhr. **v. Hammerstein:** Herr Szmula hatte die Verpflichtung übernommen, die Arbeiter am 20. Dezember zu entlassen, daher war der Landrath berechtigt, gegen ihn vorzugehen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Der Etat des Ministeriums des Innern wird bewilligt.

Es folgt die dritte Lesung des Kultusetats.

Abg. **Fritzen** (Ztr.) erklärt, daß seine Freunde mit Rücksicht auf die Geschäftslage die prinzipiellen Fragen der kirchenpolitischen Gesetzgebung ihrerseits in der dritten Lesung nicht wieder aufrollen würden.

Abg. **Stychel** (Pole) beschwert sich darüber, daß in Posen keine katholischen Ordensniederlassungen zugelassen werden. Dem Kreiskrankenhaus in Kempten sei die Erlaubniß, katholische Krankenschwestern einzustellen, verweigert. Ein solches Verfahren richtet sich selbst.

Kultusminister **Studt:** Die Angriffe des Herrn Vorredners richten sich selbst, wenn man bedenkt, daß innerhalb zwei Jahren vier Ordensniederlassungen zugelassen worden sind und daß der Antrag aus Kempten erst in neuester Zeit gestellt ist.

Abg. **v. Knapp** (natl.) geht auf die neuen Bestimmungen über die Zulassung der Realgymnasialabiturienten zum Studium der Medizin und der Rechte ein.

Abg. **Wetekamp** (freis. Vpt.) führt Klage über die Lage der höheren Lehrer. Auch der frühere Kultusminister Bosse habe dieselbe als verbesserungsbedürftig anerkannt. Im übrigen schließt sich Redner den Ausführungen des Abg. v. Knapp an.

Abg. Dr. **Krieger** (fr. Vpt.) wünscht Gleichstellung des Staatsexamens der Bauführer mit dem Diplomexamen an der Technischen Hochschule in Bezug auf die Berechtigung zur Erlangung des Dr. ing.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, die Verhandlungen darüber seien noch in der Schwebe, würden aber jedenfalls bald zu einem günstigen Resultat führen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Sonnabend, 11 Uhr.

Schluß 9¾ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

*** Die **Petitionskommission des Reichstags** verhandelte in ihrer Sitzung am Donnerstag eine Anzahl „**interessanter Fälle**". Der Fischer Wessel in Tolkemit hat im Jahre 1869 auf dem Kriegsschiff „Niobe" durch einen Sturz vom Mast einen doppelten Rippenbruch erlitten. Längere Jahre nach der im Jahre 1871 erfolgten Entlassung machte sich eine Rückenkrümmung bemerkbar, die Wessel auf den Unfall zurückführt. Fast zwei Jahrzehnte lang suchte er bei der Marineverwaltung Schadensersatzansprüche zu erheben, aber ohne jeden Erfolg. Der Petitionskommission lagen militärärztliche und zivilärztliche Gutachten über den Fall vor. Jene verneinten jeden Zusammenhang des Unfalls mit der Verkrüppelung, diese bezeichneten den Kausalnexus als höchst wahrscheinlich. Die Kommission hatte sich schon vor einigen Monaten mit dem Falle beschäftigt und aus Billigkeitsgründen dem Reichskanzler die Petition zur Erwägung empfohlen. Eine daraufhin vorgenommene Untersuchung hat, wie die Vertreter der Militärbehörde mittheilten, keinen weiteren Aufschluß zur Folge gehabt, während der Petent versichert, er sei militärärztlich nach Erhebung seiner Ansprüche überhaupt nicht untersucht worden; er sei nur einmal vor einen Militärarzt geladen worden, dieser habe seinen entblößten Oberkörper einen Augenblick betrachtet, und ihn dann, ohne eine Frage an ihn gerichtet zu haben, wieder entlassen. Die Kommission beschloß, die Petition von neuem dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Sehr umfassend gestaltete sich die Debatte über eine Petition des deutschen Frauenvereins, welche durch Frau Schulrath Minna Cauer überreicht wurde. Es wurde in dieser Petition die **Aufhebung der Gesindeordnung für häusliche Dienstboten** und die Stellung der Dienstboten unter die Gewerbegerichte, die Einführung obligatorischer Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung und des obligatorischen Fortbildungsunterrichts verlangt. Der Regierungsvertreter Geh. Rath Dr. Wurmeling bekämpfte das Verlangen der Petenten; häusliche Dienste seien kein Gewerbe, und die Regelung des Gesindeverhältnisses sei der Landesgesetzgebung überlassen geblieben. Eine einheitliche Regelung sei auch gar nicht möglich, da die Verhältnisse in den Einzelstaaten zu verschieden seien. Bei der im vorigen Jahre berathenen Novelle zur Gewerbeordnung sei von zwei Seiten die Stellung der Dienstboten unter die Gewerbegerichte angeregt, aber abgelehnt worden. Es empfehle sich nicht, jetzt schon wieder an der Sache zu rühren. Der Referent Dr. Becker (Zentrum) hält die Abschaffung der Gesindeordnung durch das Reich für unmöglich, weil durch die Einführungsgesetze im Bürgerlichen Gesetzbuch diese Materie den Einzelstaaten überlassen worden sei. Er empfahl, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Die sozialdemokratischen Abgg. Thiele und Ledebour bekämpften die Ansicht, daß häusliche Dienste nicht unter die Gewerbeordnung zu bringen seien. Auch der Dienstbote verkaufe seine Arbeitskraft, um dadurch einen Lebensunterhalt zu gewinnen. Sie empfahlen, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Die konservativen Abgeordneten Hegelmaier und Schrempf meinten, die Petition eigne sich kaum zur Erörterung im Plenum. Höchstens könne man über sie Uebergang zur Tagesordnung beschließen. In Württemberg sei übrigens die Krankenversicherung der Dienstboten obligatorisch. Auch der Abg. Krebs (Ztr.) trat im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Becker für Uebergang zur Tagesordnung ein. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Ueberweisung zur Berücksichtigung wurde gegen die 5 Stimmen der Sozialdemokraten, der Antrag auf Ueberweisung als Material gegen 7 Stimmen (5 Sozialdemokraten und 2 Zentrumsstimmen) abgelehnt und der Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Drei Petitionen auf Abänderung des Börsengesetzes, die theils eine Verschärfung, theils eine Milderung der Bestimmungen befürworteten, wurden dem Reichskanzler als Material überwiesen.

*** **Die Kommission des Abgeordnetenhauses** zur Vorberathung der **lex Adickes** — Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. — setzte am Mittwoch Abend ihre Berathungen fort. Verhandelt wurde zunächst über § 15, der die Frage der Entschädigung in Geld für ein eingeworfenes Grundstück regelt. An Stelle dieses § 15 der Regierungsvorlage gelangte ein Antrag des Abg. Dr. Heisig (Ztr.) zur Annahme. Darin tritt die Abfindung in Geld in den Hintergrund, während die Zusammenlegung von eingeworfenen Grundstücken, deren Flächeninhalt so gering ist, daß sie einzeln nur durch Grundstücke, die zur Bebauung ungeeignet wären, ersetzt werden könnten, an erster Stelle steht. Die §§ 11, 12, 13, 14, 16, 17, in denen weiter die Umlegungsgrundsätze festgestellt werden, wurden debattelos angenommen. Als § 17a wurde die Bestimmung eingeschaltet, daß der Bebauungsplan für das Umlegungsgebiet während des Umlegungsverfahrens ohne Zustimmung der Umlegungskommission nicht abgeändert werden darf. § 22 bestimmt: „Die der Gemeinde obliegenden Aufwendungen sind auf die Eigenthümer zu vertheilen. Die Vertheilung erfolgt nach Billigkeit, möglichst unter Berücksichtigung des dem einzelnen Eigenthümer aus der Umlegung erwachsenden Vortheils." In diesem Paragraph wurden die Worte: „nach Billigkeit, möglichst" gestrichen und so eine schärfere Fassung gewonnen. Die weiteren Paragraphen bis § 29 wurden unverändert angenommen. Bei § 30, der den Rechtsweg angiebt, drückte Abg. Goeschen (nl.) die Besorgniß aus, daß das Gesetz zu einer großen Fülle von Rechtsstreitigkeiten führen werde. Diese Befürchtung wurde von anderer Seite als unbegründet bezeichnet. § 30 wurde angenommen, ebenso § 31, der die grundlegenden Bestimmungen über die Ausführung des Vertheilungsplanes enthält. Dann vertagte die Kommission die Weiterberathung auf heute.

*** Die **Justizkommission des Abgeordnetenhauses** hielt am Donnerstag vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab und nahm den Gesetzentwurf betreffend die Erhebung der Kompetenzkonflikte unverändert nach der Regierungsvorlage an.

*** Die **Budgetkommission des Abgeordnetenhauses** setzte in ihrer Sitzung am Mittwoch Abend die Berathung der **Sekundärbahnvorlage** fort. Der Rest der Vorlage wurde unverändert angenommen.

*** **Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses** verhandelte in ihrer Sitzung am Mittwoch Abend über eine Anzahl Petitionen um gesetzliche Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Lehrer an Privatschulen. Die Lehrer wünschen insbesondere, daß wenn sie in den Kommunal- oder Staatsdienst übernommen werden, ihnen die Zeit des Privatschuldienstes angerechnet werde. Die Kommission ging über die Petitionen leider zur Tagesordnung über.

*** **Oberstaatsanwalt a. D. Konrad Hantelmann** ist in Breslau im Alter von 91 Jahren gestorben. Er vertrat im Jahre 1859 und von 1870 bis 1873 als Mitglied der Freikonservativen den Wahlkreis Ratibor im Abgeordnetenhause.

Die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk vor dem Ober-Kriegsgericht.

Siebenter Tag der Verhandlung.

(Schluß).

Der Zeuge überreicht eine große Liste von Personen, die die Aeußerung des Holder mit angehört haben. — Verhandlungsleiter: Diese Zeugen füllen ja einen ganzen Tag aus. Der Vertreter der Anklage bemerkt, daß er auf die

Ladung des Holder

verzichte. Wenn man diesen Mann laden wolle, dann müßte man schließlich auch allen den anonymen Briefschreibern Beachtung schenken. Die Angeklagten bemerken, daß sie die Ladung des Holder wünschen. — Vertheidiger Rechtsanwalt Horn: War Holder Soldat? — Zeuge: Jawohl, er war Artillerist. — Vertheidiger: Dann beantrage ich jedenfalls die Ladung des Holder. — Verth. Rechtsanwalt Burchard schließt sich diesem Antrage an. — Der Vorsitzende bemerkt, daß er ebenfalls die Ladung des Holder beantrage, da man einmal eine greifbare Person habe, die man event. wegen groben Unfuges bestrafen könne. Ein im Saale als Zuhörer anwesender Mann Namens Ziegler bemerkt, er kenne Holder schon seit vielen Jahren, dieser sei ein großer Spaßvogel. Nach kurzer Berathung beschließt der Gerichtshof, den Holder für Freitag als Zeugen zu laden. Darauf wird Dragoner Bartuleit aufgerufen. Dieser bekundet: er habe am 21. Januar Nachmittags gegen 4¼ Uhr Marten auf dem ersten Korridor getroffen. Marten habe am Fenster gestanden und ihn gefragt: Reitet meine Abtheilung schon? Diese Frage habe Marten jedenfalls deshalb an ihn gerichtet, da Bartuleit auf dieselbe Frage geantwortet habe, er wisse es nicht. Er habe Marten in der Dunkelheit nicht sofort erkennen können, sondern erst an der Stimme. — Verhandlungsleiter: Können Sie sich nicht irren? Marten behauptet, daß er Sie nicht auf dem Korridor gesehen hat. — Zeuge: Ich irre mich nicht. — Marten fragt den Zeugen, ob es nicht möglich sei, daß er einem Mann begegnet sei, der aus der Trompeterstube herauskam. — Der Zeuge bleibt bei seiner Aussage. — Darauf tritt um 2¼ Uhr eine Pause bis 5 Uhr ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird als erster Zeuge Unteroffizier Weisner vernommen. Dieser bekundet: Am 18. Januar 1901 sei Parade gewesen. Da habe Rittmeister v. Krosigk den Unteroffizier Bunkus vor der Front heftig getadelt. Skopek habe ihm niemals etwas von seinen Wahrnehmungen mitgetheilt. Marten habe oftmals Cigarretten geraucht und sich diese selbst gedreht. Dasselbe könne er von Hickel bekunden. — Hickel bemerkt, die meisten Unteroffiziere wüßten, daß er sich seine Cigarretten selbst gedreht habe. — Unteroffizier Baß bekundet, er habe in der 4. Schwadron gedient, als diese in Stallupönen lag. Rittmeister v. Krosigk habe ihn schlecht behandelt. Er habe sich deshalb mehrfach beschwert. Anfänglich habe ihm Wachtmeister Marten zugeredet, die Beschwerde zurückzuziehen. Er habe aber auf seinem Recht bestanden. — Der folgende Zeuge, früherer Dragoner Endruscheit, bekundet, er lag mit mehreren anderen auf Stube 59. Als der Mord passirte, war er im Remontestall. — Vertheidiger Rechtsanw. Horn: Hat der Zeuge den Angeklagten Hickel im Remontestall gesehen? — Zeuge: Nein, ich habe nur den Unteroffizier Domning im Remontestall gesehen. — Verhandlungsleiter: Wer hat den Rittmeister todtgeschossen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Verhandlungsleiter: Wann haben Sie Domning im Remontestall gesehen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. — Verhandlungsleiter: Können Sie ungefähr die Zeit angeben? — Zeuge: Nein. — Der frühere Dragoner-Unteroffizier, jetzige Schutzmann Eisenberg-Berlin bemerkt auf Befragen, er wisse nicht, wer den Rittmeister erschossen habe. Zeuge berichtet weiter, was in der Reitbahn geschah, als die Schwadron vor die Leiche geführt wurde. In der Reitbahn sei stets ein Revolver mit Platzpatronen gewesen. Er sei Schieß-Unteroffizier gewesen. Der Rittmeister habe ihm befohlen, dafür zu sorgen, daß stets der Revolver mit Platzpatronen in der Reitbahn sei. Er habe nicht wahrgenommen, daß Marten am Tage des Mordes angetrunken gewesen sei. — Verth. Rechtsanwalt Horn: War der Zeuge als Schieß-Unteroffizier im Besitze von Platzpatronen und scharfen Patronen? — Verhandlungsleiter: Wer hatte die Patronen unter sich? — Zeuge: Die Patronen mußten wir uns aus der Infanterie-Kaserne holen. Sie waren dort unter Verschluß. Sie wurden uns gegen Bescheinigung vorgezählt, die ungebrauchten mußten zurückgegeben werden. — Verhandlungsleiter: Wem übergaben Sie die aus der Infanterie-Kaserne entnommenen Patronen? — Zeuge: Dem Wachtmeister Buckpesch. — Verth.: Wachtmeister Buckpesch soll oft

eine ganze Kiste

Platzpatronen und scharfe Patronen gehabt haben. — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Vertheidiger: Als General von Alten am 23. Januar bei Hickel Haussuchung hielt nach scharfen Patronen, aber keine fand, da soll der Zeuge gesagt haben, es ist gut, daß nicht bei mir gehaussucht worden ist. — Zeuge: Das ist mir nicht erinnerlich. — Vertheidiger: Giebt jedoch der Zeuge zu, daß er scharfe Patronen beseitigt hat? — Zeuge: Zeuge bemerkt weiter, die Theilnehmer waren sämmtlich im Besitz von Platzpatronen. — Beisitzer Hauptmann Flichtdger: Sind Sie der Meinung, daß Sie sich selbst belasten würden, weil Sie im Besitz von scharfen Patronen gewesen sind? — Verhandlungsleiter: Wenn der Zeuge fürchtet, sich selbst zu belasten, dann kann er die Antwort verweigern.

Dragoner Ballnuß bekundet, Unteroffizier Grigat sei einige Minuten vor dem Morde mit einem Mantel bekleidet heruntergegangen. Er habe mit Skopek in einer Stube gelegen. Dieser habe erzählt, daß er am Nachmitag des 21. Januar zwei Leute mit Unteroffiziermützen an der Bandenthür haben stehen sehen. — Dragoner Havelberg bemerkt auf Befragen des Verhandlungsleiters, er wisse nicht, wer den Rittmeister erschossen habe. Skopek habe am Abend des Mordes erzählt, er sei von der Schmiede in den Krümperstall gegangen und habe an der Reitbahn zwei Leute mit steifen Mützen stehen sehen. — Verhandlungsleiter: Wissen Sie genau, daß Skopek das noch am Abend des Mordes erzählt hat? Zeuge: Jawohl. — Verhandlungsleiter: Es kann vielleicht am folgenden Tage gewesen sein. Zeuge: Nein, es war am Abend des Mordes. — Verhandlungsleiter: Ballnuß, wie war das? Zeuge: Es ist richtig, Skopek erzählte es am Abend des Mordes. — Verhandlungsleiter: Das wissen Sie ganz bestimmt? Zeuge: Jawohl, ganz bestimmt. — Verhandlungsleiter: Hat er auch gesagt, die zwei Männer haben Mäntel angehabt. Zeuge: Das weiß ich nicht. — Verhandlungsleiter: Nun, Havelberg, was hat Ihnen Skopek sonst noch erzählt? — Havelberg: Eigentlich hat er nur wenig erzählt. — Verhandlungsleiter: Sie halten das für wenig. Ich bin der Meinung, er hat Ihnen sehr viel erzählt. Sind Sie anderer Meinung? — Havelberg: Ich weiß nicht.

Ehemaliger Dragoner Rieß bemerkt auf Befragen, er wisse nicht, ob Hickel am Sonnabend vor dem Morde zwischen 4 und 5 Uhr auf der Handwerkerstube revidirt habe. Hickel behauptet das mit voller Entschiedenheit.

Verhandlungsleiter: Angeklagter Marten, als Sie von der Kammer kamen, gingen Sie zu Ihren Eltern, um Kaffee zu trinken. Alsdann begaben Sie sich auf Ihre Stube und gingen dann wiederum in die elterliche Wohnung, um Ihr Telegraphenbuch zu holen. Was wollten Sie mit dem Telegraphenbuch? — Marten: Ich wollte sehen, ob inzwischen eine Aenderung vorgekommen ist. — Verhandlungsleiter: Es wäre doch richtiger gewesen, wenn Sie vor der Revision in der Packkammer das Telegraphenbuch eingesehen hätten. — Marten: Ich hatte das ganz vergessen. — Verhandlungsleiter: Haben Sie denn das Telegraphenbuch eingesehen? — Marten: Nein. — Verhandlungsleiter: Weshalb nicht, Sie haben es doch zu diesem Zwecke geholt? — Marten: Als ich am 21. Januar um 8½ Uhr aus der Reitbahn kam, habe ich Abendbrot gegessen. — Verhandlungsleiter: Weshalb haben Sie es nicht am folgenden Tage eingesehen? — Marten: Am 22. hatte ich schon von früh 5 Uhr ab Dienst. Alsdann habe ich so viele Verhöre gehabt, daß ich nicht mehr daran dachte.

Der nächste Zeuge ist Oberwachtmeister **Philipp**. Er kannte den Rittmeister Krosigk schon, als derselbe noch Fähnrich war. Als das erste Mal auf die Wohnung des Rittmeisters geschossen wurde, und er dem Rittmeister sagte, daß müssen Leute von der 4. Schwadron gewesen sein, entgegnete der Rittmeister, das ist ausgeschlossen, die Leute meiner Schwadron sind mir treu ergeben.

Auf eine Anfrage des Angeklagten Marten bemerkt der Zeuge, er kenne Marten seit Kindheit an, er habe aber niemals bemerkt, daß dieser jähzornig war. Ehe Marten Soldat wurde, sei er auf dem Rathhause gewesen. Vorher war er bei einem Uhrmachen in der Lehre. Er habe aber die Lehrstelle verlassen müssen, weil er an Nervenzuckungen litt. Auf Befragen des Vertheidigers Burchard bemerkt der Zeuge, der Rittmeister habe niemals eine Aeußerung gethan, die darauf schließen ließ, daß er eine Voreingenommenheit gegen die Familie Marten habe. Unteroffizier Hohlmeier bekundet, daß nach dem Morde Unteroffizier Grigat ihm durch sein eigenthümliches Benehmen aufgefallen sei.

Inzwischen ist der Abend herangedämmert, die Sitzung wird abgebrochen und eine Ortsbesichtigung vorgenommen. Der Gerichtshof u. s. w. nimmt zunächst an dem Wege nach der offenen Reitbahn Aufstellung, um feststellen zu können, wie weit man es hört, wenn in der Reitbahn mit Platzpatronen geschossen wird. Alsdann begiebt sich der Gerichtshof nach der an die Kaserne anstoßenden Dragonerstraße. Frau Eckert muß zeigen, von welcher Stelle aus sie den Schuß gehört hat. Es wird auf der Reitbahn zunächst mit einem Revolver und dann mit einem Karabiner ein Schuß abgegeben. Die Frau ist der Meinung, daß der Schuß, den sie gehört hat, nicht so stark war wie der letzte. Als sie den Schuß gehört habe, sei es Sonnabend gewesen. Der Verhandlungsleiter ordnet darauf an, daß zwei Zivilisten aus dem angegebenen Thore über die Dragonerstraße in die Lazarethstraße laufen. Die Frau hat diese Leute nicht laufen sehen. Darauf begiebt sich der Gerichtshof u. s. w. in die Reitbahn. Auf Anrathen des Vertheidigers Horn steckt sich Hickel einen dunkelbraunen Schnurrbart an. Baranowski, der dies nicht weiß, bezeichnet den Schnurrbart als schwarz.

Der Versuch mit dem Schnurrbart wurde hinter der Bandenthür vorgenommen. Alsdann mußte Skopek an die Stelle im Krümperstall treten, von wo er den Schuß gehört haben will. Zwei Unteroffiziere werden an die Bandenthür gestellt und auf Befehl des Vorsitzenden giebt Wachtmeister Schulz einen Schuß in der Reitbahn ab. In diesem Augenblicke laufen die beiden Unteroffiziere heraus und Skopek aus dem Krümperstall. Letzterer konnte die Unteroffiziere nicht mehr sehen. Hierauf begiebt sich der Gerichtshof in das Kasernement der 4. Schwadron, in dem alle Lampen ausgelöscht sind. Bartuleit und Weber müssen die Stelle bezeichnen, wo sie auf dem Korridor Marten begegnet sind. Weber, der auch damals nur an der Stimme erkannte, erklärt, daß er auch heute Marten nicht erkennen könne. Aber auch Bartuleit erklärt, daß er heute Marten in der großen Dunkelheit nicht erkenne. Damals sei es etwas heller gewesen. Stumbries muß alsdann die Stelle bezeichnen, wo er Marten getroffen habe, als er Marten die Mittheilung machte, der Rittmeister sei erschossen. Stumbries und Marten müssen die damalige mündliche Begegnung wiederholen. Alsdann muß Dragoner Sawatzki zeigen, wo er den Unteroffizier getroffen habe, dem er gesagt, haben Sie schon gehört, der Rittmeister ist erschossen. Der Unteroffizier habe sich umgedreht und gesagt: Sei still, Du Dammelskopp! Er glaube bestimmt, daß dieser Unteroffizier Marten war. Letzterer bestreitet, es gewesen zu sein. Die Lokalbesichtigung ist gegen 9½ Uhr beendet. Fortsetzung der Verhandlung Morgen Vormittag 9 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 24. April 1902.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Der Ausschuß zur Vorberathung der Vorlage betr. die Vermiethung der Viehhofs-Restauration hat sich gebildet und den Stadtv. Wallach (A. L.) zum Vorsitzenden, den Stadtv. Nast (A. L.) zum Stellvertreter gewählt.

Dem verstorbenen Prediger Schmeidler widmet der Vorsteher einen ehrenden Nachruf, während die Versammlung sich von den Plätzen erhebt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Stadtv. Wallach (A. L.) über den

Antrag Nathan

betr. die unentgeltliche Gewährung der Kur und Verpflegung in städtischen Krankenhäusern an die in Berlin wohnenden, mit ansteckenden Krankheiten behafteten Personen.

Der Ausschuß empfiehlt: über den Antrag Dr. Nathan und Genossen und alle dazu gestellten Amendements zur Tagesordnung überzugehen.

Stadtv. Heimann (Soz) erklärt, daß er und seine Freunde gegen den Antrag stimmen würden. Der Antrag, der zuerst von der Seite der Sozialdemokraten gestellt worden sei, solle dazu dienen, den jetzt herrschenden Uebelständen ein Ende zu machen. Es sei festgestellt, daß jetzt gegen 4000 Mitglieder ihr Wahlrecht verlören, weil sie Anstaltspflege in Anspruch nehmen mußten. Die städtische Pflicht, für die Heilung und die Gesundung der Bürger zu sorgen, müsse von der Pflicht, Hilfsbedürftige zu unterstützen, völlig losgelöst werden. Er freue sich darüber, daß der Antrag wenigstens bei einem Theile der Versammlung Anklang gefunden habe. Nun selbst dieser Ausschuß mit dem Antrage sei im Ausschusse durchgefallen. Er erkläre, daß er und seine Freunde gegen den Antrag auf Uebergang zur Tages-

ordnung stimmen würden, aber zugleich, daß sie den Antrag bei gegigneter Zeit wieder aufnehmen würden.

Stadtv. Nathan (N. L.) weist darauf hin, daß schwere Mißstände vorlägen, die beseitigt werden müßten. Man müsse in erster Linie dahin zu wirken suchen, daß unsere Krankenhäuser keine Handhabe zu Angriffen böten. Der Kostenpunkt sei aber die Hauptursache, daß die weniger bemittelten Eltern ihre Kinder nicht ins Krankenhaus schickten. Dies sei auch von ärztlichen Autoritäten, wie Prof. Heubner und dem bekannten Kinderarzt Dr. Neumann, anerkannt worden. Ferner komme noch die Wahlrechtsfrage hinzu. Daß der Ausschuß dieser Frage gegenüber einfach einen ablehnenden Standpunkt einnehmen könne, sei ihm unbegreiflich. Der Ausschuß habe dadurch eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Natürlich könne die Stadtverwaltung nicht das Blaue vom Himmel versprechen, aber es sei doch bedauerlich, daß der Liberalismus einfach erkläre, es gäbe keine Mittel, Abhilfe zu schaffen. Es sei Pflicht der Stadt, Abhilfe zu schaffen und man könne sich darauf verlassen, daß die Sache wiederkommen würde. (Unruhe und Beifall.)

Stadtv. Friedberg (Fr. Fr) erklärt, daß er die Sache technisch nicht für durchführbar halte. Er und seine Freunde würden deshalb gegen den Antrag Nathan stimmen.

Stadtv. Cassel (N. L.) spricht ebenfalls gegen den Antrag Nathan. Er erneuert die Bitte an den Magistrat, eine sorgfältige Statistik zu sammeln und auf Grund dieses Materials eine Petition an die gesetzgebenden Körperschaften zu richten, damit eine Aenderung der Gesetzgebung in der Richtung erfolge, daß eine Stundung des Krankengeldes nicht als Armenunterstützung angesehen werde.

Durch den Antrag Nathan werde keineswegs die Erhaltung des Wahlrechts gesichert. Wenn man statt der großen Worte sachliche überzeugende Gründe bringe, so würden er und seine Freunde dafür gewiß empfänglich sein. Aber das „Bedauern im Interesse des Liberalismus" mache auf ihn keinen Eindruck. Der Antrag der Sozialdemokraten auf vollständig unentgeltliche Krankenhausbehandlung sei unerfüllbar. Er und seine Freunde betrieben keine Popularitäts-Effekthascherei und würden gegen den Antrag Nathan, dem sie einen taktischen Werth nicht beimessen könnten, stimmen. (Beifall und Zischen.)

Stadtv. Neumann muß aus Gesichtspunkten allgemeiner Art gegen den Antrag Nathan stimmen. Er meine nicht, daß es angebracht sei, die Frage der Gesundheitspflege mit der des Wahlrechts zu verquicken. Es sei geradezu unverständlich, aus der Reihe der Kranken ganz beliebig eine Angahl herauszugreifen und zu bestimmen, daß für diese unentgeltliche Krankenhauspflege geschaffen werden solle. Die gesundheitlichen Fragen müßten so behandelt und geregelt werden, wie es ausschließlich die sanitären Rücksichten verlangen. Er beantrage, über den Antrag Nathan zur Tagesordnung überzugehen, gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, in gemischter Deputation mit der Versammlung über die Verbesserungen zu beraten, die in unserer Krankenhauspflege nothwendig sind. Die Abneigung der Bevölkerung gegen die Krankenhäuser werde überwunden werden, wenn man die Krankenhäuser auf die denkbar höchste Höhe gebracht haben würde. (Beifall.)

Stadtv. Nathan wendet sich gegen die Ausführungen des Stadtv. Cassel und spricht seine Anerkennung darüber aus, daß Stadtv. Neumann wenigstens den Antrag gestellt habe, die Sache in gemischter Deputation zu berathen.

Stadtv. Professor Dr. Landau (N. L.) bezeichnet die Frage als eine sehr schwierige, besonders auf medizinisch-technischem Gebiete, und er wundere sich darüber, daß ein Antrag auf diesem schwierigen Gebiete von einem Laien gestellt worden sei. Aus dem Heere der anstecken-den Krankheiten einfach Scharlach und Diphtherie herauszugreifen, sei nicht angängig. Der Antrag gehe von edlen Motiven aus, aber durch dessen Annahme werde die Ansteckungsgefahr nicht verringert. Es sei nur ein Schlag ins Wasser. Es sei leicht gesagt, „hier ist etwas faul", aber schwieriger sei es, aus der Pfütze heraus ein Mittel zur Abhilfe zu finden. Er hoffe, daß der Magistrat sich mit der Angelegenheit befassen werde.

Stadtv. Kreitling bittet, über diesen wichtigen Gegenstand nicht zur Tagesordnung überzugehen, die Versammlung würde sich sonst ein trauriges Denkmal setzen. Man würde auch im Landtage häufig hören müssen: „Man ist zurück in Berlin."

Stadtv. Cassel erwidert, daß dies nicht zu befürchten sei.

Stadtv. Rosenow (N. L.) erklärt, daß er lauten Protest gegen die Ausführungen des Stadtv. Landau erheben müsse. Es wäre traurig um die Versammlung bestellt, wenn man in technischen Fragen nur „Sachverständigen" das Wort lassen solle. Gerade die Mitglieder, welche Laien seien, hätten die Pflicht, sich in die Sache hineinzuarbeiten, denn es komme nicht nur auf die Techniker, sondern auch auf die Steuerzahler an. Die Stadtverordneten seien doch auch dazu da, dem Magistrat Anregungen zu geben.

Damit wird die Debatte geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Nachschlußantrag angenommen, der Antrag Dr. Nathan wird somit abgelehnt.

Die Vorlage betreffend den speziellen Entwurf zum Neubau des Waisenhauses Alte Jakobstraße 33/35 wird einem Ausschusse überwiesen.

Es folgt die Vorlage betr. Verbreiterung der Universitätsstraße.

Die Vorlage gelangt nach kurzer Berathung zur Annahme.

Die Vorlage betreffend den speziellen Entwurf zum Neubau eines Männerhospitals auf dem Grundstücke Köpenickerstraße 47a gelangt ebenfalls zur Annahme.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Es folgt eine geheime Sitzung.

Lokales.

† **Sommerfahrplan der Hochbahn.** Der neue Fahrplan der elektrischen Hoch- und Unterpfahlbahn soll nach den neuesten Bestimmungen bereits am 30. April in Kraft treten. Danach fahren auf allen drei Linien die Züge in Abständen von durchschnittlich 5 Minuten ab. Nur in den ersten Morgen- und in den letzten Abendstunden wird die Zugfolge auf 7½ Minuten verlängert. Vom Potsdamer Platz verkehren die Züge in Abständen von durchschnittlich 7½ Minuten von 5 Uhr 58 Min. bis 7 Uhr 43 Min. Morgens. Die ersten Züge gehen nach dem Zoologischen Garten 5 Uhr 58, 6 Uhr 13, 6 Uhr 28 Min. ꝛc., nach dem Stralauer Thor 6 Uhr 4, 6 Uhr 19, 6 Uhr 34 Min. ꝛc. Von 7 Uhr 43 Min. Morgens bis 10 Uhr 33 Min. Abends fahren die Züge 7 Uhr 43 Min., 7 Uhr 53 Min., 8 Uhr 3 Min. nach dem Zoologischen Garten und 7 Uhr 49 Min., 7 Uhr 59 Min., 8 Uhr 6 Min., 8 Uhr 16 Min ꝛc. nach dem Stralauer Thor. 10 Uhr 33 Min. tritt wieder 7½ Minutenverkehr ein. Der letzte Zug nach dem Stralauer Thor geht 12 Uhr 39 Min. Am Zoologischen Garten beginnt der 7½ Minutenverkehr Morgens 5 Uhr 52 Min., der 5 Minutenverkehr 7 Uhr 53 Min. Der 7½ Minutenverkehr beginnt 10 Uhr 46 Min. und dauert bis 12 Uhr 46 Min. Im 5 Minutenverkehr fahren die Züge 7 Uhr 37 Min., 7 Uhr 47 Min, 7 Uhr 53 Min., 8 Uhr 3 Min. nach dem Potsdamer Platz, 7 Uhr 41 Min., 7 Uhr 51 Min., 8 Uhr 6 Min. nach dem Stralauer Thor. Vom Stralauer Thor beginnt der Verkehr 6 Uhr 26 Min. nach dem Potsdamer Platz und 5 Uhr 31 Min. nach dem Zoologischen Garten. Der Fünfminutenverkehr setzt 7 Uhr 26 Min. in der Richtung nach dem Potsdamer Platz und 7 Uhr 31 Min. in der Richtung nach dem Zoologischen Garten ein. 10 Uhr 16 Min. beginnt wieder der 7½ Minutenverkehr nach dem Potsdamer Platz und 10 Uhr 21 Min. nach dem Zoologischen Garten. Der letzte Zug nach dem Potsdamer Platz geht 12 Uhr 21 Min. Es fahren außerdem regelmäßig verschiedene Einzelzüge und nach Bedarf auch Sonderzüge. Eine Auskunftsstelle ist auf der Haltestelle Potsdamer Platz eingerichtet.

† **Das Postamt in der Veteranenstraße,** über dessen unzureichende Räume schon oftmals geklagt ist, soll demnächst nach der Ecke der Brunnen- und Ackerstraße verlegt werden. Obwohl damit eine Erweiterung der Amtsräume verbunden ist, wird ein befriedigender Zustand in dieser außerordentlich verkehrsreichen Gegend schwerlich erreicht, weil seit Verlegung des Postamts 28 vom Arkonaplatz nach dem Bimetaplatz, die nächsten größeren Postämter 15 bis 20 Minuten entfernt liegen.

† **Oeffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur** (Neue Schönhauserstraße 13). Der uns soeben zugegangene Jahresbericht zeigt, nachdem die Besucherzahl im Jahre 1900 schon 100 000 überschritten hatte, noch eine Steigerung um mehr als 9000. Dementsprechend ist die Zahl der gelesenen Bücher die neben politischen, Fach- und belletristischen Zeitungen und Zeitschriften den Besuchern zur Verfügung stehen, von rund 34 000 auf 38 500 gestiegen. 1800 Bücher populär-wissenschaftlichen Inhalts wurden außerdem verliehen. Die stetig wachsende Inanspruchnahme der Anstalt macht eine Erhöhung der Betriebsmittel in hohem Grade nothwendig, so daß die Verwaltung auch diesen Bericht, trotz der erhöhten Unterstützung durch die Stadt, mit der Bitte um Zuwendung von Beiträgen schließt. Der Jahresbericht wird Interessenten auf Wunsch zugesandt. Zu einer Beschaffung der Betriebsmittel veranstaltet die Lesehalle seit einigen Jahren musikalisch-deklamatorische Unterhaltungs-Abende, die schnell beliebt geworden sind. Der nächste findet am Sonntag Abend 7 Uhr im Saale des Berliner Handwerkervereins, Sophienstraße 15, statt. Dr. Max Osborn wird einen Vortrag mit Lichtbildern über Berliner Kunstdenkmäler halten; ferner wirken mit Fräulein Lilly Traun (Rezitation), Herr Eugen Brüger (Gesang), Herr Hanslow (Violoncell). Eintrittskarten zu 25 Pf. sind in der Lesehalle (12—3 und 6—10 Uhr), im Hilfsverein für weibliche Angestellte, Seydelstraße 25, und an der Abendkasse zu haben.

† **Versendung von Packeten während der Pfingstzeit.** Die Vereinigung mehrerer Packete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 11. bis einschließlich 18. Mai in innerem deutschen Verkehr nicht gestattet.

† **Im Börsaal der Urania** in der Taubenstraße wird heute Dr. v. Weckhmann seinen bereits angekündigten Vortrag „Eine Reise zu den Indianern im Innern von Paraguay und Brasilien" halten. Im wissenschaftlichen Theater wird der Vortrag „Frühlingstage an der Riviera" noch heute und morgen zur Wiederholung gelangen; am Sonntag wird zum ersten Male der Vortrag „Die deutsche Ostseeküste von den Wanderdünen bis zum Alsenlanz" gegeben werden.

† **Der Berliner Touristenverein von 1887** (Klub der Wandervreunde) hat soeben sein Wanderfahrtenprogramm für das Sommerhalbjahr herausgegeben. Bei den Touren in die weitere Umgebung Berlins sollen verschiedene schöne Gegenden aufgesucht werden, welche trotz des 15jährigen Bestehens des Vereins noch nicht durchwandert worden sind. Natur- und Wanderfreunde, welche gewillt sind, in fröhlicher, ungezwungener Gesellschaft die Schönheiten unserer Mark unter Leitung kundiger Führer kennen zu lernen, erhalten jede gewünschte Auskunft, sowie das Sommerprogramm durch den Schriftführer des Vereins, Fritz Wallmann, Hagenauerstraße 9.

† **Die feierliche Prämiirung treudienender Angestellter** des „Vereins der Berliner Gastwirthe" und des „Vereins der Berliner Weißbierwirthe" fand gestern (Donnerstag) Nachmittag in Keller's „Neue Philharmonie", Köpenickerstraße 96/97 in Gegenwart von Vertretern der städtischen Behörden statt: die Gewerbe-Deputation vertrat Stadtrath Meibrink, von der Stadtverordnetenversammlung waren die Stadtvv. Abg. Max Schulz und Rosenow abgeordnet. Die Zahl der Prämiirten betrug 179 — vom Verein der Berliner Gastwirthe 138, vom Verein der Berliner Weißbierwirthe 41. Die Firma Aschinger stellte allein wieder 66 zur Prämiirung, wovon 13 die silberne Medaille für sechsjährige und längere Dienstzeit und 43 das Diplom für dreijährige Dienstzeit erhielten. Insgesammt erhielten von den 179 Prämiirten 7 Kellner und eine weibliche Angestellte das Diplom der Theodor Müller-Stiftung für 10jährige und längere Dienstzeit, 35 männliche und 16 weibliche Angestellte die silberne Medaille für 6jährige und 75 männliche und 45 weibliche das Diplom für 3jährige Dienstzeit. Die Feier wurde eingeleitet durch großes Militärkonzert der Kapelle des Kaiser Franz-Regiments. Nach dem Krönungsmarsch aus der Oper „Die Folkunger" erfolgte die Einführung der zu Prämiirenden. Es folgten die Ansprachen des Vereinsvorsitzenden G. Feuerstein und des stellvertretenden Verbandspräsidenten A. Ringel. Nach der Ueberreichung der Diplome machte ein Tanzkränzchen den Beschluß der Feier.

† **Gaunswindt's Haftentlassung abgelehnt.** Wie mitgetheilt worden war, hat man in den Kreisen von Gaunswindt's Freunden die Hoffnung gehegt, daß der Verhaftete bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden würde. Obwohl eine hohe Kaution geboten worden sein soll, ist die Haftentlassung abgelehnt worden.

† **Ein alter Schwindel.** Wie das Polizeipräsidium mittheilt, treibt jetzt dem Monat März eine 22 bis 24 Jahre alte Frauensperson im Westen bezw. Nordwesten der Stadt Schwindeleien, indem sie Dienstboten (sowie auch den Herrschaften selbst) Bücher, die nach einer bestimmten Frist geliefert werden sollen, anpreist. Das Geld für die Bücher läßt sich die Schwindlerin, die einen günstigen Eindruck machen soll, gegen Quittung vorausbezahlen. Später läßt sich die Frau nicht mehr sehen. Sie ist ca. 1,60 m groß, schlank und spricht Berliner Dialekt. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, wollen sich in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr in dem Zimmer 129 des Polizei-Präsidiums am Alexanderplatz melden.

† **Ausländische Schwindler** suchen wieder einmal ihre Opfer in Deutschland. In verschiedenen Zeitungen sind neuerdings Anzeigen folgenden Inhalts erschienen: „1½ Millionen Mark sind mit einem Loos zu gewinnen. Jedes Loos mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einsatz, daher kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Rattenloose. Geschäftlich erlaubt. Kein Schwindel. Jeder überzeuge sich erst und verlange Prospekt." (35 folgt die Angabe der Bezugsstellen.) Diejenigen, die sich auf die Sache einlassen, erhalten von einem Geschäft in Kopenhagen eine Einladung zum Beitritt zu einer sogenannten Loos-Gelegenheits-Gesellschaft zu gelandt, deren Zweck der Ankauf von Barletta- und Madrider-100 Francs-Loosen sein soll. Eine solche Gesellschaft besteht aus 50 Mitgliedern. Diese haben 50 Monate hindurch je 5 M. (im ganzen also 12 500 M.) zu zahlen, wofür 300 Barletta-Loose erworben werden, so daß schließlich auf jedes Mitglied 6 Loose kommen. Für die 6 Loose, die das Mitglied bei Auflösung der auf 50 Monate gebildeten Gesellschaft erhält, zahlt es also im ganzen 250 M. ein, während die auf 100 Francs (Lire) lautenden Loose an der Berliner Börse nach den Kurslisten zu einem Kurs von etwa 20 pCt. gehandelt werden, sodaß der wirkliche Werth eines Stückes ungefähr 16 Mark, der von 6 Stück also ungefähr 96 Mark beträgt. In Kopenhagen haben die Barletta-Loose keinen festen Kurs, sollen aber zu ungefähr 10 Kron. (= 11,25 M.) das Stück käuflich sein. Da die Loose demnach von den Mitgliedern der Gesellschaft weit über den Werth bezahlt werden, der ganze Geschäftsplan also auf Ausbeutung geschäftlicher Unerfahrenheit zu beruhen scheint, muß vor dem Beitritt zu einer derartigen „Loos-Gelegenheits-Gesellschaft" dringend gewarnt werden.

Eine andere Art Schwindel wird von Holland aus betrieben. In hiesigen Zeitungen werden durch Annoncen gelegentlich deutsche Korrespondenten für ein, meist in Amsterdam bestehendes Loosgeschäft zu engagiren gesucht. Ganz unzweifelhaft handelt es sich dabei nicht um ein Geschäft, das Loose der Niederländischen Staatslotterie vertreibt, schon deshalb nicht, weil nach zuverlässigen Nachrichten in derartigen Loosen ein Geschäft nach Deutschland von Holland aus nicht gemacht wird, sondern um ein Serienloos-Geschäft. Die in Amsterdam bestehenden Serienloosgeschäfte sind indessen zumeist Schwindelgeschäfte, an der Spitze einiger stehen vielfach vorbestrafte, aus Deutschland steckbrieflich verfolgte Personen. Als Schwindelgeschäfte sind derartige Geschäfte deswegen zu bezeichnen, weil sie im besten Falle Loospapiere unter Irreführung der Käufer zu viel zu hohen Preisen verkaufen, weil sie Antheile an Loosen, die sie gar nicht besitzen, verkaufen, sogar solcher Loose, die nach Nummer und Serie gar nicht bestehen. Nach deutschem Rechte wäre eine derartige Handlungsweise als Betrug zu bestrafen, in den Niederlanden ist jedoch diesen Unternehmungen, die ihre Thätigkeit nach dem Auslande und leider hauptsächlich nach Deutschland richten, gesetzlich nicht beizukommen. Einzelne dieser Schwindelgeschäfte betreiben aus diesen Unternehmungen jährlich 20—30 000 M. an Gewinn für sich ein, die meist aus den Taschen unserer ärmeren Bevölkerung herrühren. Es kann deshalb nicht dringend genug davor gewarnt werden, deutsches Geld derartigen Schwindelunternehmungen zuzuführen oder Agenturen für sie zu übernehmen. Man kann sich durch Uebernahme solcher Agenturen hier strafbar machen.

† **Als Hausdieb wurde ein aus Planen i. V.** stammender Buchhalter Richard Rank in dem Teppichgeschäft von Lange, Französischestraße 11/12, entlarvt. Vor längerer Zeit war es vorgekommen, daß ein Hausdiener auf dem Wege zur Bahn einen echten Perser Teppich verkauft und das Geld eingesteckt hatte. Man sagte den Umgetrieben davon, ohne ihn anzuzeigen. Am Dienstag entdeckte der Geschäftsinhaber neue Veruntreuungen und ertappte, als er das Lager nachsah, den Buchhalter Rank bei dem Versuche, einen Teppich, den er unter der Hand für sich billig verkauft hatte, hinauszuschaffen. Es stellte sich heraus, daß Rank bereits für 1200 M. Teppiche auf diese Weise veruntreut hatte. Die Entdeckung wußte er bisher dadurch zu verhüten, daß er die unredlichen Verkäufe nicht buchte. In seiner Wohnung fand man auch eine Anzahl Pfandscheine über verkaufte Teppiche. Rank wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt.

† **Zu der Sache des angeblichen Engrosschlächters Gustav Jaenicke,** die namentlich in Fleischerkreisen großes Aufsehen erregt, schreibt die „Allg. Fleischer-Ztg.": „Jaenicke, der frühere Sattler war und niemals selbst schlachtete, kaufte von den Engrosschlächtern und betrieb den Fleischhandel schon seit einigen Jahren. Ihm wird zur Last gelegt, die Gerichtsbehörden in den Lieferscheinen gefälscht und dadurch seine Kunden hierdurch betrogen zu haben. Vor längerer Zeit schon stellte Schlächtermeister A. Arzt in Charlottenburg, Berlinerstraße 134a, früher in Berlin, Weinmeisterstraße, fest, daß Jaenicke auf einem Lieferschein das Gewicht von 191 Pfund in 494 Pfund umgeändert hat und berechnete bei weiterer Nachforschung den ihm durch derartige Fälschungen zugefügten Schaden auf etwa 10 000 M. Er wachte seinen Kollegen Mielenz aufmerksam, der, als er dieselben Manipulationen bei sich beobachtete, sofort die Verbindung mit Jaenicke abbrach. Jaenicke war dem Renniport ergeben, er hielt vierzehn eigene Pferde, und es kam ihm nicht darauf an, Tausende von Mark zu verwetten. Um Irrthümern vorzubeugen, bemerken wir noch, daß der Verhaftete nicht identisch ist mit dem Schweine-Engros-Schlächtermeister Julius Jaenicke, Frankfurter Allee 24."

† **Bei einem Einbruch abgefaßt** wurde in der Nacht zum Donnerstag ein wegbrüchiger vorbestrafter Drch Gottlieb Lucas, als er in der Greifenstraße des Bäckermeisters Natz in der Oppelnerstraße 49 gerade alles, was er bekommen konnte, zum mitnehmen verpackt hatte. Der Meister überraschte ihn, nahm ihn fest und übergab ihn der Polizei.

† **Dacheinsturz in der Gormannstraße.** Der Schaden, der durch den Einsturz des eisernen Saalbaches beim Neubau des Zentralarbeitsnachweises in der Gormannstraße entstanden ist, beläuft sich auf mehr als 100 000 M. Bisher ist festgestellt, daß die Ursache des Einsturzes nicht in der Schwäche des Mauerwerks zu suchen ist. Die Mauern haben nicht nachgegeben und sich auch nicht gesenkt.

Aus den Vororten.

†† **Die Verbrennung eines Krüppels** ist am Mittwoch in Spandau ausgeführt worden. Der 62 Jahre alte Schäfer Ludwig Matewig aus Rathenow, dem der rechte Fuß fehlt und der deshalb an Krücken geht, hatte in Spandau auf der Durchreise Aufenthalt und besuchte ein Schanklokal. Dort gab ihm ein Gast Schnaps zum besten und als der Alte etwas angetrunken war, wurde er in die städtischen Anlagen verschleppt, wo er auf einer Bank einschlief. Nun raubte ihm ein Begleiter die aus wenigen Mark bestehende Barschaft. Der Spitzbube ist später in der Person eines arbeitsscheuen Menschen verhaftet worden.

†† **Auf dem Bau tödtlich verunglückt** ist der 48 Jahre alte Arbeiter Julius Krause aus der Potsdamerstraße 27 zu Charlottenburg. Beim Verlegen eiserner Träger auf einem Grundstück in der Teplitzerstraße in der Kolonie Grunewald fiel er aus einer Höhe von drei bis vier Meter herab und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Dieser erlag er nach kurzer Zeit im Charlottenburger Krankenhause.

Letzte Nachrichten.

Spandau, 24. April. (Privattelegramm der Volks-Zeitung.) Die Stadtverordnetenversammlung nahm heute die Aenderung der Geschäftsordnung zwecks Bekämpfung der „Obstruktion" der Sozialdemokraten an. Diese verließen darauf in corpore den Sitzungssaal.

Frankfurt a. M., 24. April. Der „Frankf. Ztg." wird aus Bern gemeldet: Der Bundesrath hat den italienischen Anarchisten Morandi aus Vidigulfo (Pavia) wegen anarchistischer Propaganda aus der Schweiz ausgewiesen und über den Simplon nach Italien bringen lassen. Morandi hatte sich, mit einem italienischen Ausländspasse versehen, im Kanton Wallis aufgehalten.

Budapest, 24. April. Nach im Laufe des heutigen Tages trafen fast aus dem ganzen Lande Berichte über Reif und Frost ein; die nördlichen und die siebenbürgischen Landestheile klagen über Schneefall. Schaden ist nur an den Obstbäumen festgestellt, der Winter- und der Sommerraubs stehen gut.

London, 24. April. Ein erstes Londoner Finanzhaus erhielt eine Depesche aus Johannesburg mit der Meldung, daß man dort binnen kürzester Frist die Abgabe des Plebiszits seitens der Buren in Transvaal und im Oranje-Freistaat zu Gunsten des Friedens erwartet.

Stockholm, 24. April. Aus Hellingfors wird gemeldet: Die unwahrs verbreitete Nachricht von einem Angriff auf das Gouvernementsgebäude, bei dem es viele Verwundete gegeben habe, sowie die Meldung, daß Militär aus Petersburg zugezogen worden sei, ist unbegründet.

In Hellingfors sind aus Ulmanstrand und Biborg zwei Bataillone eingetroffen. Die Stadt ist ruhig. Die Erbitterung über die Rekrutenmusterung ist groß. Die Gestellungspflichtigen erschienen in keiner Gemeinde vollzählig, in vielen Gemeinden erscheint überhaupt kein Gestellungspflichtiger. In einer Gemeinde erschienen sämmtliche Gestellungspflichtigen, um gegen die Musterung Protestlung zu erheben, worauf alle das Lokal wieder verließen.

Newyork, 24. April. Zu der bereits gemeldeten Niederlage der venezolanischen Regierungstruppen sind hier über Port of Spain noch nähere Mittheilungen eingegangen. Danach haben 2200 Mann venezolanischer Truppen unter Castillo am Dienstag die Aufständischen zwischen San Antonio und Guanamarra angegriffen. Nachdem Castillo bald nach Beginn des Kampfes verwundet war, gingen die kürzlich ausgehobenen Soldaten zu den Aufständischen über. Die Offiziere bemühten sich vergeblich, ihre Leute zu sammeln. Die Regierungstruppen mußten sich dann zurückziehen. Castillo ist seinen Wunden erlegen.

Pietermaritzburg, 24. April. Der Premierminister von Natal gab in der gestrigen Versammlung bekannt, die britische Regierung habe die Regierung Natals um Darlegung ihrer Ansichten bezüglich der jüngsten Friedensverhandlungen ersucht.

Frankfurt a. M., 24. April. Oestr. Kreditaktien 212,00, Franzosen 142,80, Lombarden 17,10 Ungar. Goldrente 101,20, Gotthardbahn 167,50, Diskonto-Kommandit 189,20, Dresdner Bank 139,00, Berliner Handelsgesellschaft 152,80, Harpener 167,20, Laurahütte 202,80.

Wien, 24. April, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 691,00. Oest. Kreditaktien 675,50, Franzosen 666,00 Lombarden 61,50. Galizier —,—. Nordwestbahn 445,00. Elbethalbahn 465,00. Oestr. Papierrente 101,60 do. Goldrente 120,35. 5proz. ungar. Papierrente —,—. 4proz. ungar Goldrente 129,00, Marknoten 117,30, Napoleons 19,03. Bankverein 451,00 Tabakaktien —,—. Unionbank 548,00, Länderbank 427,50. Alpine Montan 379,00.

Paris, 24. April, Nachm. (Schluss - Course.) 3proz. Rente 100,85, 4proz. Anleihe —,—. Italiener 100,90. Franzosen 717,00. Lombarden —,—. Türken 25,92. Suezkanal-Aktien 3734. Ottomanbank 659,00 Rio Tinto 1094.

London, 24. April. (Schlusskurse.) Engl. 2¾proz. Konsols 94⅝, Preuss. 3½proz. Konsols, unkündb. bis 1905 —,—. Aegyptische 4proz. unifiz. Anleihe 108⅞, Italienische 5proz. Rente 99¾, Mexikan. 5proz. konsol. Anleihe von 1898 101, Russ. 4proz. konv. Anleihe II. Serie 99⅞, 1proz. konvertirte Türken Lit. D 25⅝, Ungar. 4proz. Goldrente 100⅞, Ottomanbankaktien 12½, Kanada-Pacific-Aktien 128,25, Northern Pacific —, Silber 29⅞, Neue Chinesen 88⅝, Northern Common Shares —,—, Chicago - Milwaukee 173½, Louisville Nashville 129,00, Union Pacific 106⅛, 5prozent. Argentinische Goldanleihe 90,75, Spanier 79⅞, Southern Pacific 68⅝.

In die Bank flossen 71 000 Pfund Sterling.

Amsterdam, 24. April. Bancazinn 76.

London, 24. April. Chile-Kupfer 52½, per 3 Monat 52½.

Hierzu Beiblatt.